Sehr geehrte Damen und Herren,

als Taiwanese bin ich nicht gerade ein großer China-Sympathisant. Ihr Leitartikel „Chinas Wirtschaft vor dem Kollaps“ vom 16. Dezember 2008 stellt das aktuelle Geschehen in China aber so falsch dar, dass ich mich verpflichtet fühle, die Sachlage richtig zu stellen.

Vor allem haben Sie die Konkurse der 10.000 Textilunternehmen in China im ersten Halbjahr 2008 so dargestellt, als ob diese eine Folge der Krise wären. Der Textilexport von China in die USA ist zwar im ersten Halbjahr 2008 gegenüber dem Vorjahr um 1,34% auf 12,784 Mrd. US$ gesunken. Wegen des Wegfalls der Quotenregelung steigerte sich der Export von China in die EU im gleichen Zeitraum gegenüber dem Vorjahr jedoch um 34,83% auf 20,442 Mrd. US Dollar. D.h. der Export, und auch die Produktion in China insgesamt, stiegen in diesem Zeitraum sogar beachtlich.

Der Grund für die Konkurse war also nicht die Krise, sondern das neue Arbeitsvertragsgesetz in China. Denn die kleinen Textilunternehmen in China beschäftigten ausschließlich junge Frauen (14 bis 18 Jahre alt) und beuteten sie schonungslos aus. Es gab keine Arbeitsverträge für diese Näherinnen, ganz zu Schweigen von der vorgeschriebenen Sozialabsicherung. Mit dem neuen Arbeitsvertragsgesetz, effektiv seit dem 1.1.2008, ermuntert die chinesische Regierung die Mitarbeiter, solch illegale Beschäftigung und Hinterziehung von Steuern und Sozialabgaben anzuzeigen, und zwar durch eine Verdoppelung der Löhne und Gehälter. D.h. wenn ein Mitarbeiter seinen Arbeitgeber anzeigt, bekommt er für die Monate, die er/sie ohne schriftlichen Arbeitsvertrag gearbeitet hat, doppelte Löhne und Gehälter ausgezahlt. Diese 10.000 Textilunternehmen sind wegen der zusätzlichen Kosten kollabiert, nicht infolge der Wirtschaftskrise.

Darüber hinaus: Bei einer Wachstumsprognose von 5% p.a. für das Jahr 2009 zu behaupten, dass China kurz vor einem „Kollaps“ stehe, empfinde ich als eine Anmaßung. Wenn ein Land mit 5% p.a. Wachstumsrate kurz vor dem Kollaps stehen sollte, wie ist es mit Deutschland mit -2% p.a. für 2009? Es ist zwar richtig, dass die Regierung in Beijing tatsächlich einmal gesagt hat, dass China eine Wachstumsrate von 8% p.a. benötigt, um genügend Arbeitsplätze für ALLE Schulabgänger und Wanderarbeiter zu schaffen. In Deutschland würde man aber eine ähnliche Wachstumsrate brauchen, um ALLEN Schulabgängern einen Arbeitsplatz bieten zu können. Denn Vollbeschäftigung erreicht man bekanntlich nur durch eine Wachstumsrate in einer Höhe, die zur Überhitzung der Wirtschaft sowie zu hoher Inflation führt.

Ihr Artikel warnt zu Recht vor der wachsenden Spaltung zwischen der aufstrebenden Mittelschicht und der armen Landbevölkerung, was zu sozialen Unruhen führen könnte. Umso mehr vermisse ich die Würdigung der von der chinesischen Regierung bereits ergriffenen Maßnahmen, die nicht nur

unzählige Arbeitsplätze schaffen, sondern auch dieser wachsenden Spaltung entscheidend entgegenwirken werden. Denn mit dem bekannten 4-Billion-Yuan-Konjuktur-Paket (mehr als Euro 400 Mrd.) versucht die chinesische Regierung gar nicht, der gebeutelten Exportwirtschaft in den reichen Küstenstädten unter die Arme zu greifen. Ganz im Gegenteil: Der größte Teil des Pakets gilt der Verbesserung der Infrastruktur und der Lebensumstände für die ländliche Bevölkerung und wird unzählige Arbeitsplätze - auch für ungelernte Arbeiter - auf dem Land schaffen, und zwar durch den Bau von Eisenbahn, Autobahn, Flughäfen, Dämmen und Kanälen sowie (Trink-) Wasserversorgung, Sozialwohnungen, Krankenhäusern und Schulen. Da die Löhne und Gehälter im Inland deutlich niedriger sind als in den Küstenstädten, wird China sogar dann noch zusätzliche Arbeitsplätze schaffen können, wenn die Wachstumsrate 0% betragen sollte. Denn in diesem Fall haben die zusätzlichen Arbeitsplätze im Inland den Arbeitsplatzverlust in den Küstenstädten überkompensiert.

D.h. die chinesische Regierung versucht gar nicht, die exportierende Industrie zu stützen, sondern die Wanderarbeiter zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen. Durch die zusätzlichen Arbeitsplätze auf dem Land werden die Spannungen durch das Einkommensgefälle zwischen Land und Stadt verringert. Eine „gefährliche politische Destabilisierung des Landes“, wie Ihr Autor schrieb, sehe ich gerade wegen der Ausrichtung dieses Konjunktur-Paketes der chinesischen Regierung NICHT.

Mit freundlichen Grüßen

Dr K.-H. Lin
President

Asia-Pacific Management Consulting GmbH
Amtsgericht Düsseldorf HRB 35289
Geschäftsführung: Dr. rer. pol. Kuang-Hua Lin
Königsallee 28
D-40212 Düsseldorf
Germany